

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Briefträger 1,10 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeilenzeile über deren Name 0,80 Mk., ansonsten 0,90 Mk. Wochen- und Monatsanzeigen, Geschäftsanzeigen, Verträge und Verdingungsverträge 0,40 Mk. Kollatur: Die Zeilenzeile, halbe Spalten über deren Name, im Text 5.- Mk.

Die Orgelesner in Breslau.

„Schlesischer Landbund“ als Orgeles-Quartier.

Die Breslauer Filiale des Oberspizelkommissars Weißmann.

Die Waldenburger Orgeles hatte das Pech, ihre geheimen Anordnungen an die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Es hat ihr zwar, wie wir vorausgesehen hatten, nicht den Hals gekostet. Nach einigem Theaterdonner wurden alle Verhafteten entlassen und der Herr Staatsanwalt läßt der Öffentlichkeit schon zu verstehen geben, daß keine strafbaren Handlungen vorliegen. Immerhin war aber die Veröffentlichung der geheimen Mordpläne eine für die Orgeles unangenehme Sache, weil sie geeignet ist, das Klassenbewußte Proletariat über die bestehende Gefahr aufzuklären und zu Selbstschutzmahnahmen zu veranlassen.

Bedeutend umfangreicher und ausgebauter als in Waldenburg ist die Organisation der Orgeles in Breslau, wo sich auch die Provinzialleitung der gesamten schlesischen Orgeles befindet. In Breslau aber hat es die Orgeles viel leichter, unter dem Mantel der Geseßlichkeit ihre illegale Verschönerungstätigkeit zu betreiben. Da ist zunächst der „Schlesische Landbund“. Er ist das meist angewandte Außhangeschilb für die Orgeles. Man versammelt sich dort in den kostbar eingerichteten Räumen, räkel sich in den Klubsesseln, raucht dicke Zigarren und lacht über sogenannte Orgelesverbote. Was will man denn auch machen? Die Leute unterhalten sich ja nur über landwirtschaftliche Fragen. Wer will ihnen etwas anderes nachweisen? Daß dort die Häuptlinge der schlesischen Orgeles zusammentreffen — das ist natürlich ein reiner Zufall. Der Major von Hofer und Witor ist der Nachbar vom Ganzen. Außerdem kann man alle bekannten Reaktionen dort antreffen, so den Graf York von Wartenburg, Klein-Dels, Graf Malzbahn, Militisch, Major von Johnston, Zweibrödt, Graf Reichenbach, Gofschütz usw.

Eine Filiale der Orgeles befindet sich Kirschallee 36, II., bei Friedmann. Die dortigen Leiter sind Major v. Heple und Kohnstodt. Zur Beschaffung von Geldmitteln als Paradeperle hat man sich den Generalleutnant Knebeling, Kaiser-Wilhelm-Straße 105, beim teutschen Professor Koch wohnhaft, und den Major v. Heydebrand, Ingramsdorf, verpflichtet. Auch Kurt v. Eichborn tut seine milde Hand auf, damit die Orgeles wachse und gedeihe.

Ein anderes Orgeles befindet sich im Generalandtschaftsgebäude. Der Kappist v. Schickfuß und Neudorff

arbeitet dort als treuer und fleißiger Streiter für die Orgeles.

Auch unter dem Deckmantel der Polenbekämpfung macht man in Orgeles. In der Tauenzienstraße 5 sitzt der Handlanger des Berliner Oberspizelkommissars Weißmann, der Kommissar Weigel. Der Mann beschäftigt eine unzählbare Schar von Agenten und Spizeln. Er kauft mit gleich starkem Interesse Material über die Polen und die Kommunisten. Es ist ganz klar, daß diese Spizel fast niemals authentisches Material haben und daß sie, um der Nachfrage gerecht zu werden, gezwungen sind, derartiges Material selbst zu fabrizieren. Dafür zahlt man enorme Summen — aus den Taschen der Steuerzahler. Erst vor ein paar Tagen wurden vom Reichstag 1 1/4 Milliarden für den Geheimfonds des Staatskommissars Weißmann bewilligt. Der Finanzminister Wirth, der absolut kein Geld hat, wenn es sich um Erhöhung von Erwerbslosenunterstützung oder um Gehalts- und Lohnforderungen der Beamten und Eisenbahner handelt, öffnet hierfür bereitwillig seinen großen Geldsack.

Das Proletariat erkennt an diesen Dingen wiederum den Ernst der Gefahr, die ihm droht. Es muß aber auch gleichzeitig daran denken, was sich seit Jahren nun schon und jetzt erst wieder im Fall Waldenburg gezeigt hat; das vollständige Versagen der bürgerlichen Justiz, wie überhaupt aller Behörden, die Tatsache, daß alle Körperschaften des bürgerlichen Staatsapparates vom Reichstag bis zum letzten Schutzmann direkt oder indirekt im Dienste der Gegenrevolution stehen. Alle Hoffnungen auf die bürgerliche Justiz und Polizei sind also gefährliche Täuschungen. Die rechtssozialistischen Führer, die derartige Täuschungen systematisch nähren, begehen dadurch ein Verbrechen am Proletariat. Sie hindern das Proletariat an der Erkenntnis, daß nur das Proletariat selbst mit Erfolg der Orgelesgefahr entgegenzutreten kann.

Die Einigung des Proletariats zum Kampf gegen die Orgeles und für die Bewaffnung der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten als Selbstschutz des Proletariats gegen die dunklen Mächtschaften der Reaktion, das ist der einzige Weg. Alle sozialdemokratischen Führer, die sich in den Gewerkschaften oder sonstwo dieser Einigung des Proletariats in den Weg stellen, müssen beiseite geschoben werden.

Polen und die Weltrevolution.

Kein Zweifel, Polen ist der wichtigste Stützpunkt der europäischen Konterrevolution. Seine geographische Lage macht es zum natürlichen Bollwerk des kapitalistischen Westens gegen die steigende Welle der Revolution im Osten. Polen ist ein lebender Leichnam, der nur so lange aktionsfähig ist, als ihm von der Entente der Lebensatem eingeblasen wird.

Die Politiker, die zurzeit in Polen Regierung spielen, sind sehr betriebame Leute, sie lassen sich durch noch so viele Schlappen, die sie sich im Kampfe gegen Rußland geholt haben, nicht abhalten, weiter nach der Pfeife der Entente zu tanzen, von der sie bezahlt werden.

Der Friede von Riga, der den russisch-polnischen Krieg vorläufig zum Abschluß brachte, ist vielfach als ein großer Sieg Polens und eine schmachliche Niederlage Rußlands hingestellt worden. Es trifft zu, daß Sowjet-Rußland in Riga den Polen nicht als Sieger gegenüber austreten konnte; aber auch Polen kam nicht als Sieger. Die polnischen Ententeknechte haben sich den Rigaer Vertrag teuer erkauft. Der Krieg hat dem geduldigen polnischen Volke den letzten Rest Markt ausgezogen. Zehntausende tote modern auf dem Schlachtfelde; Zehntausende Verwundete liegen in den Lazaretten oder warten sonstwo auf den Tod als Erlöser von ihren Qualen; mehr als hunderttausend Gefangene fielen der Roten Armee in die Hände; 30 Milliarden Kriegskosten in die blaue Luft geschleudert; verwüstete Städte, Dörfer und Acker; das ganze Land ausgeliefert den Seuchen, der Hungersnot, die Verschuldung ins Maßlose gewachsen, dazu die revolutionäre Gärung der proletarischen Schichten: das ist das Fazit eines fünfmonatlichen Feldzuges gegen die Bolschewiken. Wenn schon Riga ein polnischer Sieg war, dann nur in dem Sinne: Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren!

Dennoch lebt Polen, wenn auch als galvanisierte Leiche. Und es ist zu bedenken, daß, je mehr Polen sich aufopfert als Kettenhund der internationalen Reaktion, es desto tiefer in das Knechtschaftsverhältnis zur Entente sinkt. Die ehrgeizigen Warschauer Machthaber trösten sich damit, daß man um so länger lebt, je öfter man totgesagt wird. Deshalb bauen sie Lustschlösser, träumen von einem Großpolen und hoffen, einmal als Preis ihrer Bitteldienste gegen Sowjet-Rußland die Selbständigkeit und Unabhängigkeit davonzutragen. Im Hinblick auf diese Zukunftspläne knüpft Polen schon jetzt mit Rumänien, an das es im Süden direkt grenzt, ein politisch-wirtschaftliches Bündnis an. Zwischen beiden Staaten ist ein Finanzvertrag zustande gekommen, dem sich auch Ungarn angeschlossen hat.

Es ist aber ohne weiteres klar, daß die Frage der polnischen Zukunft einfach die Frage der europäischen Revolution ist. Der polnische Imperialismus, der von der europäischen Finanzwelt weitgehendste Unterstützung genießt, ist eine ständige Bedrohung der russischen Räterepublik, wie er gleichzeitig die Verbindung zwischen dem revolutionären Proletariat Rußlands und Deutschlands abschneidet. Eine friedliche Lösung dieses Widerpruches wird auf die Dauer unmöglich sein. Hin und wieder wellerleuchtet es im Osten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß schon im Frühjahr die Gewitterwolken sich entladen. Wer in diesem Falle der angreifende Teil ist, das russische Schwert der Revolution oder der polnische Degen der Reaktion — diese Frage aufwerfen, heißt leeres Stroh dreschen. Man könnte genau so fragen, ob im Klassenkampfe die Bourgeoisie oder das Proletariat der angreifende Teil ist. Genug, der Gegensatz ist vorhanden, die Geschichte wird eine Austragung verlangen, und da sie pazifistische Sentimentalitäten nicht kennt, wird auch in diesem Falle die Gewalt den Geburtshelfer spielen.

Fest steht, daß Polen im Interesse seiner eigenen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, wie auch im Interesse der Ententereaktion fieberhafte militärische Vorbereitungen trifft zu neuem Kampfe mit Sowjet-Rußland. Soeben erst hat die französische Kammer einen 400-Millionen-Kredit zur „Unterstützung auswärtiger Regierungen“ bewilligt, wobei der Kriegsminister Raiberti erklärte, daß man zwar eine weitere Unterstützung Brangels nicht beabsichtige, daß man aber, wenn Polen wieder „Frankreich um Hilfe rufen sollte“, ihm die Hilfe leisten werde. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich zurzeit die Spizeln der Warschauer Regierung, u. a. Biljudski, in Paris befinden und mit der französischen Regierung verhandeln. Jedenfalls werden sie dabei auch ihre „Silberzuse“ gegen Rußland nicht veräumen

Der Rote Armees-Schwindel.

Selbst das Ausnahmegericht lenkt ein.

Kassel, 25. Januar. Der zur Behandlung politischer Strafsachen seit einiger Zeit in Kassel eingesetzte Sondergerichtshof ist mit der Untersuchung über die Bildung einer roten Armee beauftragt worden. Die in Essen an der Ruhr verhafteten sechs Kommunisten wurden unter starker Bedeckung durch Beamte der grünen Polizei nach Kassel gebracht. Die Voruntersuchung soll mit großer Beschleunigung durchgeführt werden. Das Sondergericht hat alle Angeeschuldigten noch einmal eingehend vernommen, auch die Zeugen gehört, und ist, wie es heißt, zu dem Ergebnis gekommen, daß gegen die Beschuldigten nicht das geringste Strafwürdige vorliegt.

Wenn das Ausnahmegericht schon gezwungen ist bei Kommunisten festzustellen, daß „nicht das geringste Strafwürdige vorliegt“, dann muß es sich bei den Rote Armees-Angehörigen schon um einen sehr großen Spizelschwindel handeln, denn sonst hätte die hure Justiz wenigstens versucht mit meideidigen Spizeln den Kommunisten einen Strich zu drehen. Die Regierung aber hat in unverantwortlicher Weise durch WTB. den großen Schwindel in die Welt telegraphieren lassen.

Danzig

für die Dritte Internationale.

Der Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Danzig hat mit 73 gegen 9 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale beschlossen und gleichzeitig den Zusammenschluß mit der B. K. P. D.

Polens wirtschaftl. Zusammenbruch in Zahlen.

Warschau, 22. Januar. („Rosta Wien.“) Laut einer Rede des polnischen Arbeitsministers Marobowicz hat Polen 70000 km zerhörte Straßen in Stand zu setzen und 40 große gesprengte Brücken wiederherzustellen.

Der polnische Terror in Ostgalizien.

Lemberg, 22. Januar. („Rosta Wien.“) In Lemberg führt die polnische Militärbehörde große Arretierungen unter den Ukrainern durch. Laut „Aperet“ wurde auch der Sekretär der ukrainischen Sozialdemokraten Krasnica verhaftet und nach Warschau überführt.

Das Proletariat Deutschlands muß den internationalen Vorgängen die gespannteste Aufmerksamkeit widmen und sich rüsten, da bis jetzt gegen den Kapitalismus noch kein pazifistisches Kraut gewachsen ist.

Polens Rüstungen gegen Sowjet-Rußland.

Die internationale Reaktion hat sich längst von dem schweren Schläge der Vernichtung ihres Söldners Wrangel durch Sowjet-Rußland erholt. Sie arbeitet eifrig an der Rüstung aller Faktoren, die für einen Kampf gegen die russische Räte-Republik in Betracht kommen. Dazu gehört nicht nur Deutschland, dessen Orgeschichte weitere unbeschränkte Aktionsfreiheit erhalten sollen, sondern auch Polen, das schon einmal den imperialistischen Weltgarden spielte.

Laut Nachrichten aus Danzig treffen dort täglich Tügel mit Munition und Waffen ein. Unter der Leitung französischer Offiziere hat eine energische Reorganisation der polnischen Armee begonnen. Die Anzahl der Batterien bei den Artillerieregimenten ist um 50 % erhöht worden. Englische Firmen haben große Bestellungen auf Soldatenstiefel und Militärtuch erhalten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Vorbereitungen zu einer Frühjahrsoffensive gegen Sowjet-Rußland sind.

General Haller, der Vertrauensmann der schwärzesten Reaktion in Polen und Frankreich, ist in Bukarest angekommen, um dort mit den polnischen und rumänischen Kreisen über das gemeinsame Vorgehen gegen Sowjet-Rußland zu verhandeln. Haller hatte lange Konferenzen mit Tala Jonescu, dem rumänischen Außenminister. Die rumänische Presse veröffentlicht jetzt fortwährend kriegshysterische Aufsätze gegen Sowjet-Rußland.

Die Heuchelei, die energische militärische Aufrüstung Polens sei notwendig in Anbetracht der Vorbereitung einer russischen Offensive gegen Polen, wird treffend durch folgende Mitteilung der Wiener „Kofa“ widerlegt:

Die Demobilisierung in Sowjet-Rußland.

„Die Jahrgänge bis zu dem Jahre 1885 sind, wie Danilow bei einer Versammlung erklärt hat, schon demobilisiert. In ein paar Tagen soll eine Verordnung erscheinen, daß auch die Jahrgänge 1886, 1887 und 1888 beurlaubt werden. Man wird nach Möglichkeit trachten, noch weitere Jahrgänge diesen folgen zu lassen. Bald werden die Jahrgänge 1889—1891 demobilisiert werden, und man beabsichtigt, wenn sich weiter keine Gefahr zeigt, alle Jahrgänge bis 1894 zu beurlauben. Dieser Urlaub erfolgt nur auf unbestimmte Zeit.“

Polens Ausverkauf.

Warschau, 22. Januar. („Kofa Wien.“) Ein Konjunktura von Amerikanern laßt die großen Eisenbahnwerkstätten von Zarnow auf. Das Eisenbahnministerium hat bereits seine Einwilligung gegeben.

Politische Uebersicht.

Zuchthausurteil gegen Landarbeiter.

Wehr und wehr häufen sich die Fälle, wo es sich die Klassenjustiz angelegen sein läßt, Arbeiter, die um ihre Existenz um Brot kämpfen, und dabei sich einmal vergessen mit schweren Strafen zu verurteilen. Nachstehende Meldung charakterisiert wieder einen solchen Fall.

Aus Greifswald wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Anlässlich des letzten Landarbeiterstreiks in Vorpommern im November vorigen Jahres kam es in Derselow zu einer Auseinandersetzung zwischen einer Streikpatrouille und dem Gutsbesitzer Sudopp. Diese Auseinandersetzung führte zu Zuchthausstrafen gegen Sudopp und Sohn, ohne für diese erhebliche Folgen nach sich zu ziehen.

Am 12. Januar standen nun vier Landarbeiter vor dem Schwurgericht in Greifswald. Den Vorsitz führte der bekannte Landgerichtsdirektor Pützmann. Auf der Reichsanklagebank saßen außer einem einzigen Wirtschaftsratshalter nur Angehörige der „besseren Klasse“, darunter ein Domänenpächter, ein Gutsbesitzer, ein Administrator und ein Hofbesitzer. Das Urteil lautete gegen zwei der Angeklagten auf je acht Monate Gefängnis, gegen die anderen beiden auf je ein Jahr Zuchthaus. Dieses ungerechte Urteil, das natürlich angefochten werden wird, erregt in Vorpommern das große Aufsehen, obgleich man nachgerade vom Landgericht Greifswald allenthalben gewohnt ist. Ohne Zweifel wird sich die öffentliche Meinung mit diesem Urteil und seiner Vorgehensweise eingehend beschäftigen.

Und solange das Proletariat nicht zu erkennen vermag, daß man die Klassenjustiz nicht mit dem Stimmzettel befehlen kann, wird es auch oft Schandurteile über sich ergehen lassen müssen. Nur durch die Zerstörung der gesamten kapitalistischen Staatseisenbahn und der Aufrüstung der proletarischen Diktatur, kann sich das Proletariat vor Klassenurteilen, die ihm schaden, bezogen.

Noch mehr Arbeiterräte ins Gefängnis.

Wenn der Reichspräsident im vergangenen Jahre den Russen auftrat oder die Revolutionäre Ausgebungen demütiglich, so heißt es dort immer: „Arbeiter arbeitet! Nur die Arbeit kann Deutschland retten!“

Da lassen die Arbeiter der Anilinfabrik Wolken bei Butersfeld im November 1919 zu der Auffassung, die vielen kirchlichen Feiern mit Arbeitsruhe seien angesichts des Ruhs nach Arbeit ein großer Unfug; sie saßen darum den Reichspräsidenten am Arbeitsplatz den Betrieb der Anilinfabrik nicht ruhen zu lassen, sondern zu arbeiten. Kein einziger Arbeiter schloß sich aus, denn sie konnten ja alle nicht den Lagedeuten entbehren, um die Arbeiterpreise für die Lebensmittel bezahlen zu können.

Der Direktor der Anilinfabrik setzte sich als gutgläubiger Christ seinen Arbeitern entgegen, so daß diese erst ihren unerschütterlichen Willen zur Arbeit in einer Demonstration darzutun mußten. Als Abgesandte der Arbeiter überbrachten die Mitglieder des Betriebsrates Haas, Mittelmann und Nierenberg dem Direktor die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft.

Zuerst machte man Woffen zu einem Heerlager der Reichswehr, dann setzte das Kapital die Justizmaschine in Bewegung und nun hatten sich die drei Vorsitzenden der arbeitswilligen Arbeiter vor der Strafkammer in Halle zu verantworten, da man sie der Erpressung, des Hausfriedensbruchs und der Beleidigung angeklagt hatte. Das Gericht verurteilte Haas zu der empörend hohen Strafe zu einem Jahr zwei Wochen Gefängnis als „Rädelsführer“, die beiden anderen zu je zwei Monaten Gefängnis.

Also, weil die Vorsitzenden der Arbeiter den Willen der Arbeiterschaft zu erhöhter Arbeitsleistung zum Ausdruck brachten, mußten sie jetzt ins Gefängnis! Wie harmoniert das mit dem Ruf der Regierung nach größerer Arbeitsleistung?

Erhöhung des Brotpreises.

Der Reichsunterernährungsminister läßt haubamlich mitteilen, daß die trotz allen Dementis nicht verstummenden Behauptungen einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage entbehren. Richtig sei, daß Besprechungen stattgefunden hätten. Diese bezögen sich aber auf das Getreide der kommenden Ernte. Im laufenden Wirtschaftsjahr sei eine Preisberhöhung ausgeschlossen. Man weiß, was man von solchen Besprechungen und Besprechungen zu halten hat. Ganz sicher ist jedenfalls, daß die Getreidepreise erhöht werden, wenn auch nicht sofort, dann später. Es wird nicht nur fortgehungert, sondern verschärft fortgehungert. Diese Wirkungsweise der bürgerlichen Wirtschaft ist auch für den trassierten Laien nachgerade doch unverkennbar. Noch keine amtliche oder halbamtliche Berichtigung hat etwas daran geändert.

Achtung! Genossen!

Die für heute Mittwoch abend angesagten Distriktsabende fallen aus, es findet dafür eine Mitglieder-Versammlung in Wollins Festsälen, Frankfurter Straße, abends 7 Uhr statt.

Referent: Genosse Brandler, Berlin.

Er erscheinen aller ist Pflicht.

Bezirksleitung der K. A. P. D.

Die Verleumdung Ebert Bernsteins.

Die Reichstagsfraktion der K. A. P. D. hat an die Regierung eine Anfrage gerichtet, die eine Beweisführung für die Behauptungen Eduard Bernsteins im „Vorwärts“, Lenin, Trotski usw. hätten während des Krieges von der deutschen Regierung 50 Millionen Unterstützung bekommen, verlangt.

Herr Eduard Bernstein selbst weiß im „Vorwärts“ auf unsere Aufforderung, Beweise für seine Verleumdungen beizubringen, nur folgendes zu antworten:

Meine Erwiderung kann sehr kurz sein. Sie ist durch den Schluß meines zitierten Artikels deutlich genug angezeigt. Er lautet:

„Auch im Hinblick auf das, was die Internationale war und heute sein kann, ist zu fordern, daß in das Dunkel des Vorgangs von 1917 gründlich hineinleuchtet werde.“

Aber nur keine Umwege. Wie ich noch stets zu meinem Worte gestanden habe, so selbstverständlich auch in diesem Falle. Nur bin indes doch ich als der Verfasser des Artikels zunächst heftig für das in ihm behauptete, und ich bin durchaus bereit, vor Gericht es zu vertreten. Die „rote Fahne“ hat also nicht nötig, ihre Lärm- und Knäppelgarden gegen mich in Bewegung zu setzen. Erhebe sie Klage gegen mich oder veranlasse sie einen legalen Vertreter Lenins, es zu tun; sie kann sicher sein, daß ich mein Bestes dafür einsetzen werde, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich einer erschöpfenden Unterzuchung des Falles in den Weg stellen sollten.

Herr Bernstein liebt, sich in einem tranken Säul zu hüllen, um abzuhel behaupten zu können, er sei mißverstanden worden. Hier aber gesteht er selbst in nicht mißzuverstehender Weise ein, daß er keinerlei Beweise für seine Behauptungen erbringen kann, daß er also ein verleumderischer Erbschleicher ist.

Eduard Bernstein fordert selbst, daß in das „Dunkel“ der Angelegenheit hineinleuchtet werde. Er gibt also zu, daß er keine greifbaren Anhaltspunkte hat. Aber der biedere Bernstein verschmäht es nicht, in diesem „Dunkel“ seine Karriereschritte zu machen und lägerische Verleumdungen auszuführen.

Wir haben nichts dagegen, wenn Herr Eduard Bernstein vor Gericht geht, um seine Behauptungen zu beweisen. Wir begrüßen es vielmehr, denn dort wird es sich erweisen, daß es nur bei Herrn Bernstein und seinen Hintermännern Dunkel aussieht.

Wir können Herrn Bernstein die Versicherung geben, daß er von keinem Kommunisten verpöndelt werden wird. Die moralischen Prügel, die er vor Gericht erhalten wird, genügen uns vollkommen.

Ein Erfolg rechtssozialistischer Verhegung!

Die verlogene Berichterstattung der rechtssozialistischen „Mecklenburgischen Volkszeitung“ hat bewirkt, daß bei der Staatsanwaltschaft Rostock ein Verfahren gegen die „Anführer“ und Teilnehmer der Arbeitslosendemonstration beantragt worden ist.

Anfrage soll nach folgenden Paragraphen des Strafgesetzbuches erhoben werden:

§ 114. Bedrohung einer Behörde. Strafe: Gefängnis nicht unter drei Monaten.

§ 115. Öffentliche Zusammenrottung und Aufruhr. Strafe: Teilnehmer nicht unter sechs Monate Gefängnis. „Rädelsführer“ Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

§ 124. Öffentliche Zusammenrottung einer Menschenmenge, um in öffentliche Gebäude einzudringen. (Hausfriedensbruch.) Strafe: Nicht unter zwei Jahren.

§ 125. Zusammenrottung einer Menschenmenge, um gegen Personen und Sachen vorzugehen. Strafe: Bis zu drei Monaten Gefängnis.

§ 230. Vorsätzliche Einsperkung eines Menschen. Freiheitsberaubung. (Der rechtssozialistische Stadtrat Respitäl konnte nicht ausreifen.) Strafe: Drei Monate Gefängnis. Rädelsführer zehn Jahre Zuchthaus.

Der Herr Staatsanwalt wird sich böz in den Finger schneiden. Das Recht auf Straßendemonstrationen ist verfassungsmäßig gewährleistet. Die Stadtverordnetenitzungen sind öffentlich. Es muß also Freispruch erfolgen. Oder denkt man Richter zu finden, die zu einer absichtlichen Rechtsbeugung bereit sind?

Die Antwort der K. A. P.

Die letzte Nummer der „Komm. Arbeiterzeitung“ enthält die vollständige Antwort der K. A. P. auf den Offenen Brief. Sie enthält nichts, was man nicht schon früher von der K. A. P. gehört hat. Sie schreibt von opportunistischen Forderungen, schimpft auf den Reformismus der Gewerkschaften, mit denen man keine gemeinsame Aktion machen könne und deshalb lehne sie auch die vorgeschlagene gemeinsame Aktion ab. Die K. A. P.-Leute schweben noch immer zwischen Himmel und Erde. Die Exekutive der Dritten Internationale müßte die K. A. P. einmal auf die von ihr übernommene Verpflichtung zu brüderlicher Solidarität aufmerksam machen und durch einige Nippenstöße aus den oberen Regionen auf realen Erdboden bringen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Welsch (Erzgebirge), 24. Januar. Auf dem Friedenschacht der Bergbaugewerkschaft erfolgte heute früh eine Schlagwetterexplosion. Insgesamt wurden 38 Tote und etwa 26 Verletzte geborgen. Etwa 150 Bergleute, die anfänglich im Bergwerk eingeschlossen waren, konnten gerettet werden.

Aus Halle wird gemeldet: Durch eine infolge giftiger Gase entstandene Explosion in dem Kalischacht der Gewerkschaft Wilhelmshall wurden drei Bergleute getötet und sieben verletzt.

Ausland.

Die Bilanz des englischen Terrors in Irland.

Als Antwort auf eine Erklärung der englischen Regierung, daß sich die Gewaltmaßnahmen in Irland nur gegen eine kleine Gruppe von Extremisten richteten, veröffentlicht die Sinnfeiner eine Statistik über die Tätigkeit der Regierungstruppen in Irland.

Während des Jahres 1920 wurden 48 474 nächtliche Hausdurchsuchungen vorgenommen, 7 287 Personen verhaftet und nur 775 davon den Gerichten zugeliefert und abgerichtet. Die für politische Vergehen verhängten Gefängnisstrafen belaufen sich auf 613 Jahre. In Wirklichkeit haben die während des Jahres 1920 Verhafteten insgesamt 1300 Jahre Gefängnis erhalten.

In 1084 Fällen haben Militär und Polizei unprovokiert auf Zivilpersonen geschossen (wie oft in der Ebertrepublik!), wobei 98 Personen getötet und 592 verwundet wurden. 105 Personen, die als republikanische Führer angesehen wurden, sind ermordet, 36 ins Gefängnis geworfen worden. 200 Städte und Dörfer wurden beschädigt und 2016 Gebäude ganz oder teilweise zerstört. Die Ernten von 99 Gütern wurden verbrannt.

Die Gesamtzahl der terroristischen Akte der Regierungstruppen beläuft sich auf 67 853.

Auch in England sollen weiße Garden gebildet werden.

Die englischen Organisationen der Kriegsteilnehmer, die Millionen von Mitgliedern umfassen, haben sich in letzter Zeit unter dem Druck der Wirtschaftskrise radikalisiert. Man hat man aber einen sauberen Plan aufgedacht, um die englischen Kriegsteilnehmerverbände von der „Kraft“ der revolutionären Organisation zu heilen, und sie im Gegenteil zu gefügigen Werkzeugen der kapitalistischen Ausbeutung zu machen. Es gibt nämlich in England einen extremen rechten Verband ehemaliger Offiziere, und dieser Verband soll mit den Organisationen der Kriegsteilnehmer verschmolzen werden. Die geplante „Empfängerorganisation“ soll dann aus den Reihen der Großindustrie ausgiebig rekrutiert werden. Man hofft, auf diese

Weise die Kriegsteilnehmer unter die Autorität ihrer alten militärischen Führer zurückzubringen und zu einer Art von weißer Garde umzuwandeln zu können.

Die englischen Eisenbahner für die Arbeiterkontrolle.

London, 23. Januar 1921. Die Exekutivkomitees der verschiedenen Verbände der Eisenbahner traten zur gemeinsamen Beratung der Lage zusammen, die durch die fortschreitende Anarchie des Transportwesens entstanden ist. Es wurde eine Resolution angenommen, die die staatliche Kontrolle der Eisenbahnen, die Teilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Kontrolle und die Vereinheitlichung des Transportsystems für unausschießbar erklärt.

Das Menschewisten-Paradies.

Der weiße Terror in Georgien.

(„Nosta Wien.“) Moskau, 24. Januar. In Georgien finden weitere Massenverhaftungen von Bolschewiken statt. Viele kommunistische Organisationen sind aufgelöst worden, die Wirksamkeit der kommunistischen Partei wurde vereitelt. Im Zuchthaus von Kutari sind 200 Kommunisten.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte vor drei Tagen ein flammendes Manifest des Entdeckungsreisenden Kautsky, datiert aus Tiflis, in dem dieser zum Schutz der von Bolschewisten bedrohten „freien sozialistischen Republik Georgien“ auffordert. Snowden, der Führer der englischen Unabhängigen, suchte kürzlich niemand anders, als den englischen Imperialismus für den bedrängten Menschewistenstaat zu interessieren. Inzwischen wandern, trotz der reinsten aller Demokraten, die kommunistischen Arbeiter ins Zuchthaus und die Organisationen des Proletariats werden, höchst unparlamentarisch, verfolgt und aufgelöst.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie aller Länder!

Die Woche des Roten Soldaten.

Moskau, 20. Januar. In Sowjetrußland findet eine Woche des Roten Soldaten statt. Ein Tag dieser Woche ist der Arbeit in den Roten Kasernen gewidmet, und aus diesem Anlaß wurde an die Arbeiterinnen ein Aufruf veröffentlicht, der sie zur Teilnahme an dieser Arbeit auffordert. „Die Roten Soldaten sollen in der Kaserne ein reines, gesundes und gemütliches Heim finden — heißt es in diesem Aufruf — und hier harret der Arbeiterin eine große Aufgabe. Sie, deren geschulter Hausfrauenblick alle Mängel und Fehler bald erkennen wird, hat hier für Abhilfe zu sorgen und sie wird es am besten verstehen, aus einer kalten, ungemütlichen Kaserne ein gemütliches, angenehmes Heim zu schaffen.“

Kommunistische Arbeit in Afghanistan.

(Privattelegramm der „Scht. süßen Arb.-Ztg.“)

Moskau, 22. Januar. „Iswestija“ berichtet: Laut Nachrichten aus Buchara wird dort eifrig gearbeitet. Die Eisenbahnlinien sind in Stand gesetzt worden, ebenso die Telegraphenleitungen. Zu den behördlichen Sammelstellen sind schon große Baumwollvorräte aufgespeichert, die nach Zentralrußland transportiert werden sollen.

Er mordung zweier politischer Gefangener.

Der „Guma-ité“ vom 20. Januar wird aus London telephoniert: Zwei irische politische Gefangene, die noch nicht vor Gericht gekommen waren, sind unter geheimnisvollen Umständen im Interniertenlager von Ballyfinlar ermordet worden. Die Erregung darüber ist in ganz Irland sehr groß.

Obgleich die Tat auf Montag zurückreicht, hat die englische Regierung absolutes Stillschweigen bewahrt und die Tatsache erst durch Fragen bedrängt zugegeben. Sie kündigt gleichzeitig die Eröffnung einer „militärischen Untersuchung“ gegen die Mörder an.

Im Lager von Ballyfinlar befinden sich 1200 politisch Verdächtige, die weder Briefe noch Besuche erhalten dürfen.

Gewerkschaftliches.

Die Mecklenburger Eisenbahner für die politische Einheitsfront.

Zu dem „Offenen Brief“ nehmen nun auch die Gewerkschaftsmitglieder in Mecklenburg Stellung. So nahm die Generalversammlung der Schweriner Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine Entschliessung an, in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund darauf hinzuwirken, daß dieser auf der Grundlage der Forderungen des „Offenen Briefes“ der R. A. P. D. den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der gesamten Arbeiterschaft aufnimmt und zu diesem Zweck mit dem Zentralkomitee der R. A. P. D. in Verbindung tritt.

In Jena und zahlreichen anderen Orten haben die Massen in den letzten Tagen dieselbe Haltung angenommen. Höher als die Interessen der sabotierenden Führer der Rechtssozialisten, Unabhängigen und Gewerkschaften steht ihnen das Interesse der proletarischen Klasse, gegen die der Sturm der Reaktion sich andauernd verstärkt!

Die Textilarbeiter Apoldas kommunistisch.

In der Generalversammlung der Textilarbeiter gelang es weiteren Genossen, den Vorstand völlig zu besetzen. Der Erfolg ist besonders bemerkenswert, weil die Filiale Apolda ausgesprochenen ländlichen Charakter trägt.

Was muß der Wähler wissen?

Wer ist wahlberechtigt? Jeder Deutsche, ob männlich oder weiblichen Geschlechts, der das 20. Lebensjahr am Tage der Wahl vollendet hat, in Preußen seinen Wohnsitz hat und in der Wählerliste eingetragen ist.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind: Angehörige der Wehrmacht (Reichswehr), wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht, wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt.

Wählerliste. Die Wählerlisten müssen vier Wochen vor der Wahl mindestens 8 Tage lang ausliegen. Jeder muß Einsicht nehmen, ob er in der Wählerliste steht. Ist dies nicht der Fall, so muß sofort Einspruch erhoben und die Eintragung beantragt werden.

Wo wird gewählt? Der Wähler kann nur in dem Bezirk wählen, in dessen Wählerliste oder Wahlarten er eingetragen ist. Inhaber von Wahlscheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen.

Provinziallandtag!

Wahlberechtigung: Wie zum Landtag, nur müssen die Wähler in der Provinz ihren Wohnsitz haben.

Wahlkreise sind die Land- und Stadtkreise. Abweichungen oder Zusammenlegung mehrerer Landkreise kann stattfinden.

Wer ist wählbar? Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Kreistagswahl!

Wahlberechtigt. Wie zum Provinziallandtag, nur müssen die Wahlberechtigten im Kreise ihren Wohnsitz haben. Wahlkreis bildet der Landkreis.

Einsicht in die Wählerlisten!

Vom 23. Januar ab müssen die Wählerlisten mindestens acht Tage lang öffentlich ausgelegt sein. Von den Gemeinden kann die Auslegungszeit auf 14 Tage verlängert werden. Es muß nun schon jetzt von unseren Organisationen die Wählerlisten-Einsichtnahme durch die Wähler propagiert und organisiert werden. Entweder muß erreicht werden, daß sich alle Wahlberechtigten selbst davon überzeugen, ob ihr Name in die Wählerliste aufgenommen ist oder es müssen in den Betrieben oder in den Organisationen ein oder einige Genossen mit der genauen Prüfung der Wählerlisten beauftragt werden.

Jede Einwendung gegen die Liste ist bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde oder deren Beauftragten schriftlich anzuzeigen oder zu Protokoll zu geben. Die Entscheidung über die Einwendung muß binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist erfolgen und den Beteiligten bekanntgegeben werden.

Organisiert darum also die Wählerlisten-Einsichtnahme!

Wer am Wahltag nicht sicher in seinem Wohnort sein Wahlrecht ausüben kann, muß auf seinen Antrag einen Wahlschein erhalten, der ihm ermöglicht, auch an einem anderen Orte sein Wahlrecht auszuüben. Der Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines kann eventuell auch noch am Tage vor der Wahl gestellt werden. Allerdings kann auch in größeren Gemeinden die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen schon am vorletzten Tage vor der Wahl geschlossen werden.

Was müssen die Funktionäre wissen?

Die Kandidaten zu allen drei Wahlen müssen eine Zustimmungserklärung abgeben, aus der hervorgeht, daß sie bereit sind, in dem Wahlvorschlag der R. A. P. D. zu kandidieren. Zu dieser Zustimmungserklärung muß von der Ortsbehörde bestätigt werden, daß der Kandidat wahlberechtigt und wählbar ist. Diese Erklärungen müssen spätestens am 4. Februar beigebracht sein.

Landtagswahl!

Der Kreiswahlvorschlag muß spätestens am 30. Januar eingereicht sein. Der Wahlvorschlag muß von 20 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Zu diesen Unterschriften muß von den Ortsbehörden beglaubigt werden, daß die betreffenden Personen in der Wählerliste stehen. Man tut gut, die Unterschriften nur aus einem Ort zu nehmen.

Versammlung des Breslauer D. G. B.

In der am Sonntag im Gewerkschaftshaus tagenden Mitgliederversammlung erhaltete Kollege Dohupiel vom erweiterten und Kollege Rattner vom engeren Hauptvorstande den Bericht über den Abschluß der Lohnverhandlungen. Beide erklärten, daß infolge der wirtschaftlichen Lage nicht mehr herausgeholt werden konnte und daß die Einheitsfront durch das Sanktionspiel der christlichen Gewerkschaften, sowie durch die Schachzüge der Regierung, indem sie die verschiedenen Lohngruppen der Beamten in höhere Ortsklassen ab 1. Januar versetzte, zerschlagen worden ist. Wenn Kollege Rattner Kritik an der Lohnpolitik übt und in Zukunft eine andere Politik eingeschlagen werden soll, so ist es nicht zu verstehen, warum man das denn nicht auch schon jetzt getan hat. Denn die Zugewandten reichen noch lange nicht aus, um das Existenzminimum sicher zu stellen. Uns scheint es, daß Kollege Rattner und seine Kumpane den revolutionären Kampf fürchten und fliehen, wenn sie ihn aufnehmen sollen, kläglich versagen. Somit war alles nur leeres Phrasendrusch und Glanz und Not herbei unter der merkwürdigen Bezeichnung.

Die Kritik weiterer Genossen an der bisher betriebenen Politik der Gewerkschaftsbürokratie öffnete vielen Kollegen die Augen. Das bewiesen die Bismarck-Rede, als ein Genosse auf die Ablehnung des „Offenen Briefes“ der R. A. P. D. zu sprechen kam. Nachhernde Resolution erweckte eine rege Debatte:

Die Verbindung des R. A. P. D.-Wahlvorschlages mit denen im Wahlverband muß spätestens am 5. Februar schriftlich beim Wahlkreisleiter des Verbandes erklärt werden. Die Erklärung, daß die Reststimmen des Wahlkreises dem Landeswahlvorschlag zugerechnet sind, muß längstens am 9. Februar abgegeben werden.

Provinziallandtag!

Wahlvorschriften wie zur Wahl. Wahlvorschläge brauchen nur von 10 im Wahlkreise wahlberechtigten Personen unterzeichnet werden.

Es ist aber empfehlenswert, alle Wahlvorschläge mit mehr als der vorgeschriebenen Zahl zu versehen, um Ersatz für etwa ungültige Unterschriften zu haben.

Für sämtliche Wahlvorschläge muß ein Vertrauensmann und Stellvertreter bestimmt werden. Geschieht dies nicht, gilt der erste Unterzeichner des Wahlvorschlages als Vertrauensmann.

Die Kandidaten müssen im Wahlvorschlag so aufgeführt werden, daß ersichtlich ist, welcher als 1., 2., 3., 4. und so weiter Kandidat in Betracht kommt.

Verschiedene Wertung der Wahlstimmen.

Am Großwahltag in Preußen, am 20. Februar, an dem der Landtag, die Provinziallandtage und die Kreistage neu gewählt und in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein nachträglich die Reichstagswahlen vorgenommen werden sollen, werden die Wahlstimmen ganz verschieden gewertet: Bei den preußischen Landtagswahlen kommt auf 40 000 Stimmen ein Abgeordneter, bei den noch ausstehenden Reichstagswahlen auf je 60 000 Stimmen je einer. Bei den Wahlen zu den Provinziallandtagen entfällt auf je 25 000 Einwohner ein Abgeordneter, innerhalb der dritten Million Einwohner aber erst auf 35 000 Einwohner ein Abgeordneter. Bei den Kreistagswahlen haben die Kreise unter 30 000 Einwohnern 20 Kreisabgeordnete zu wählen. Ferner kommt auf je weitere 5 000 Einwohner noch ein Abgeordneter. Bei einem Kreise von mehr als 50 000 Einwohnern entfällt auf jede weiteren 10 000 Einwohner ein Abgeordneter.

Der Aufmarsch der Parteien.

Die Schwarz-weiß-roten haben durch Hergt sich auf den Monarchismus und auf den rücksichtslosen Kampf gegen den Sozialismus, die Stresemänner auf den alten Preußengeist festgelegt. Das Zentrum sträubt sich noch immer gegen die Stegerwald-Richtung, aber verspricht den katholischen Arbeitern doch mancherlei, wie immer vor den Wahlen, und die Demokraten sind wieder einmal im Zweifel, ob sie sich mehr nach rechts oder etwas mehr nach links anlehnen sollen. Die Rechtssozialisten machen gewaltige Anstrengungen für Republik, Demokratie und zuletzt auch Sozialismus, um ihre Position in Preußen zu behaupten, und Kompromisslos nach allen Seiten, nur mit den Stresemännern wollen sie nicht in die neue Regierung. Die Hilferlinge und Crispiane schimpfen in der Hauptsache auf die Kommunisten, weil diese die Einigung des Proletariats durchsetzen wollen, und reden ihren Anhängern trotzdem noch vor, daß der Hauptfeind im bürgerlichen Lager steht. Sie wollen, wie schon seit zwei Jahren, der Geheimratswirtschaft und der Justiz zu Leibe und geben trotz ihrer Bekämpfung der kommunistischen Einigungsvorschläge immer noch an, sie wollten das Proletariat im Kampf um sozialistische Ziele zusammenschließen.

Allen Parteien, die sich zum Wahlkampf gemeldet haben, ist aber dringendes Bedürfnis, den rücksichts- und strupellosesten Kampf den Kommunisten anzufügen.

Das beweist, daß sie alle die eindeutige und klare Wahlparole der Kommunisten fürchten, und daraus wird die deutsche Arbeiterschaft, werden alle wirklichen Revolutionäre für den kommenden Wahlkampf die Lehre ziehen:

An die Wahlarbeit im Sinne des revolutionären Wahlprogramms der R. A. P. D.

Resolution.

Gegen den vom erweiterten Hauptvorstand gefassten Beschluß, der in der Presse veröffentlicht wurde, ergehen die der Dritten Internationale angehörenden Vertrauensleute des D. G. B. schärfsten Protest. Wir fordern sofortige Zurücknahme dieses Beschlusses. Wir erklären, nicht der erweiterte Hauptvorstand hat uns Funktionäre des D. G. B. unsere und des Hauptvorstandes Pflicht ist es, den revolutionären Klassenkampf gegen den halbschamigen Kapitalismus zu fördern, um das Existenzminimum der Kollegen zu erlangen. Wir, der Dritten Internationale angehörenden Funktionäre, warnen den Hauptvorstand vor unüberlegtem Ausschluß unserer Mitglieder, denn nicht wir, sondern der Hauptvorstand des D. G. B. würde die Einheit durch sein Benehmen aufs schwerste schädigen.

Mit Mägen, wie Politik gehöre nicht in die Gewerkschaft, und hier in Breslau denke man nicht daran, Kommunisten aus dem Verbands ausschließen, versuchten die Gewerkschaftsbürokraten die Abstimmung zu beeinflussen. Die Abstimmung aber ergab kein genaues Resultat, da, nachdem eine große Mehrheit für gestimmt hatte, die Kollegen des Vorstandes einfach bei der Gegenprobe erklärten, letztere sei die Mehrheit und die Resolution sei abgelehnt, die Versammlung ist geschlossen.

Erst behauptet man, nichts gegen die Kommunisten zu haben und dann, wenn es heißt Farbe zu bekennen, da ist diesen Maulhelden kein Mittel zu schlecht, den Willen der Mitglieder einfach zu sabotieren. Aber noch ist nicht aller Tage Abend, auch diese Schandtat wird sich rächen.

